

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 20.11.2012	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:32 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Pickel, Sascha	SPD	
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Carow, Johanne	FW	
Frerichs, Theo	CDU	
Hülsebus, Dieter		
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Molitor, Tim		
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
Streblau, Monika	GRÜNE	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Jan Roß
Beratende Mitglieder		
Ewen, Christian		Vertreter des Jobcenters
Grensemann, Monika		Erzieherin aus dem Kita-Bereich
Harms, Karin		Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich Vertretung für Frau Karin Imhoff

Hillen, Anette	Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird
Homann, Jürgen	Kreisjugendpfleger
Kostka, Anja	Vertreterin der ev. Kirche Vertretung für Herrn Klaas Grensemann
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche
Verwaltung	
Buss, Thomas	Protokollführer

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Bruns, Christof

Eiben, Florian

Odens, Roelf CDU

Grundmandat

Roß, Jan DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Grensemann, Klaas Vertreter der ev. Kirche

Hohensee, Maren Richterin des Jugendgerichts

Holle, Stefanie Vertreterin der kath. Kirche

Imhoff, Karin Jugenschutzbeauftragte Polizei Aurich

Jelden, Frauke Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich

Störiko, Andrea Dr. Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes

Wunsch, Jutta Leiterin des Fachamtes

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 11.09.2012 |
| 4. | Berichterstattung der Kinder- und Jugendförderung zur Zeltfreizeit Norderney und Winterfreizeit Steibis |
| 5. | Sachstandsbericht zur Projektförderung für Kindertagesstätten im Landkreis Aurich |
| 6. | Antrag der Linksfraktion vom 17.10.2012; Qualität der Kita-Plätze erhöhen durch gute Rahmenbedingungen - Kita-Volksinitiative unterstützen |

Vorlage: VIII-AF/2012/027

7. Beschlussfassung über die Verlagerung des Regionalteams Mitte in das Familienzentrum der Stadt Aurich
Vorlage: VIII/2012/238
-
8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
-
9. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.06 Uhr die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß die anwesenden Ausschussmitglieder, die Leitung der Auricher Kindertagesstätten, die Pressevertreter und insbesondere Abgeordnete Streblau als neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass die Mitglieder des Gremiums ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Ausschuss beschlussfähig ist. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Stimmberechtigung der einzelnen Mitglieder aus Gründen der Abstimmungsklarheit nunmehr auf den Namensschildern farblich gekennzeichnet ist.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 11.09.2012

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass in der Niederschrift zur 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses bei Tagesordnungspunkt 7 das Abstimmungsergebnis nicht korrekt wiedergegeben wurde. In Anbetracht der Mitgliederzahl des Ausschusses müsse das Abstimmungsergebnis 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen lauten.

Der Ausschuss nahm die Änderung zur Kenntnis und beschloss bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme mehrheitlich, die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 11.09.2012 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ mehrheitlich beschlossen



TOP 4 Berichterstattung der Kinder- und Jugendförderung zur Zeltfreizeit Norderney und Winterfreizeit Steibis

Diplom Soz-Päd. Homann rief die Zeltfreizeit Norderney und die Skifreizeit Steibis als wichtige Säulen des Aufgabenbereiches der Kinder- und Jugendförderung des Fachamtes in Erinnerung und bedauerte, dass die regelmäßigen Berichterstattungen durch den Umstrukturierungsprozess in den Hintergrund gerückt seien.

Die Zeltfreizeit Norderney laufe bereits seit 40 Jahren und stoße nach wie vor auf ein großes Interesse. Mit jährlich ca. 250 Teilnehmern konnten mit den Jahren über 10.000 Kinder im Rahmen des erlebnispädagogisch orientierten Ferienprogramms begrüßt werden.

VA Buß stellt daraufhin anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation das zugrunde liegende Konzept und die vielfältigen Aktivitäten der Zeltfreizeit Norderney vor. Er unterstrich daraufhin die Bedeutung des Angebots und würdigte insbesondere das überaus große Engagement der ehrenamtlich tätigen Betreuerinnen und Betreuer.

Auf die Frage von **Herrn Molitor** berichtete **VA Buß**, dass der Zeltplatz auf Norderney außerhalb der Zeltfreizeit auch von anderen Jugendgruppen genutzt werden könne. Ansprechpartner sei diesbezüglich die Kreisvolkshochschule Norden.

Diplom Soz-Päd. Homann ergänzte, dass der für das Gelände abgeschlossene Pachtvertrag noch bis zum Jahr 2014 laufe. Die Gebäude, ehemalige Großraumzelte, die mit Metallplatten verkleiden wurden, wiesen schon eine Standzeit von 20-25 Jahren auf und seien vom Vorpächter übernommen worden. Mit dem Alter der Gebäude gehe ein erhöhter Erhaltungs- und Sanierungsaufwand einher. Daneben sei auch ein Austausch des Inventars (ca. 150 Matratzen abgängig) unumgänglich. Alles im allen müsse der Jugendhilfeausschuss im Jahr 2014 entscheiden, wie es mit der Zeltfreizeit auf Norderney weitergehe. Die Verwaltung werde zu diesem Zweck ein umfangreiches Sanierungskonzept erarbeiten und im Ausschuss vorstellen.

Auf Nachfrage von **Abgeordneten Meyerholz** schätzte **EKR Dr. Puchert** den voraussichtlichen Sanierungsbedarf auf mindestens 50.000 EUR ein. Die tatsächlichen Sanierungskosten seien letztendlich abhängig vom angestrebten Qualitätssetting.

Abgeordnete Biller erkundigte sich hinsichtlich der in der Zeltfreizeit repräsentierten Familienkreise. **VA Buß** und **Diplom Soz-Päd. Homann** skizzierten, dass ein Drittel der zur Verfügung stehenden Karten über die Sozialen Dienste des Fachamtes vergeben würden. Die übrigen Karten stünden für allen Familien und Kindern aus dem Landkreis Aurich zu Verfügung. Wichtig sei zu erkennen, dass es sich bei der Zeltfreizeit nicht um ein „Low-Budget-Angebot“ handele, sondern um eine erlebnispädagogische Angebote von hoher Qualität, bei dem auf eine soziale Durchmischung großer Wert gelegt werde.

Anschließend stellte **VA Buß** über die dem Protokoll angehängte Präsentation die Aktivitäten des Fachamtes im Rahmen der Skifreizeit in Steibes vor. Auf Nachfrage von **Abgeordnete Strebblau** bestätigte **VA Buß**, dass Jugendgruppenleitern bzw. ehrenamtlich Tätigen die Teilnahme an der Skifreizeit nach wie vor zu attraktiven Preisen angeboten werde.

Diplom Soz-Päd. Homann berichtete, dass der seitens des Landkreises mit der Falkenhütte abgeschlossene Vertrag im Jahr 2014 auslaufe. Festzustellen sei, dass die Attraktivität des Angebots abgenommen habe. Zahlen früherer Jahre mit ca. 1.000 Teilnehmern



könnten ob der vorhandenen Konkurrenzangebote nicht mehr erreicht werden (aktuell ca. 700 Teilnehmer). Der Teilnehmerrückgang müsse zwangsläufig in den Vertragsverhandlungen gewürdigt und die Zahl der Anmeldungen gegenüber der Falkenhütte gemindert werden. Da hierdurch notwendige Auslastungsquoten nicht mehr erreicht würden, sei in diesem Zusammenhang mit Preissteigerungen zu rechnen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Falkenhütte in den vergangenen Jahren umfangreich modernisiert und somit in der Qualität zugelegt habe.

Der Vorsitzende würdige auch in Bezug auf die Skifreizeit Steibis den Einsatz ehrenamtlich Tätiger und brachte ihnen gegenüber seinen Dank für die geleistete Arbeit zum Ausdruck.

TOP 5 Sachstandsbericht zur Projektförderung für Kindertagesstätten im Landkreis Aurich

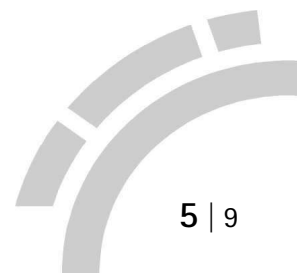
Der Vorsitzende erinnerte, dass auf Antrag der der SPD-Fraktion ein Betrag von jährlich 50.000 EUR für eine direkte Förderung von Projekten in Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt wurde. **Diplom Soz.-Päd. Salge** stellte daraufhin über die als Anlage beigelegte Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zur Vergabe der Projektmittel vor und unterstrich, dass die Förderung als Gegenpol zu den Forderungen aus dem Gütesiegel zu sehen sei. Geeignete Projekte würden für einen Zeitraum von jeweils einem Jahr gefördert.

Abgeordnete Biller merkte unter Bezugnahme auf die vorgestellte Grafik zur regionalen Verteilung der Projektförderung an, dass aus der Gemeinde Ihlow heraus offensichtlich kein Antrag gestellt wurde. Dies wurde durch **Diplom Soz.-Päd. Salge** bestätigt. Des Weiteren seien 5 Anträge negativ beschieden worden, da das dargestellte Projektsetting nicht den für die aktuelle Förderperiode gesetzten Schwerpunkten entsprach. Da die Projektförderung zunächst für eine Laufzeit von zwei Jahren beschlossen wurde, hätten diese Kindertagesstätten jedoch auch noch im nächsten Jahr die Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen.

Aus Sicht des **Vorsitzenden** sei die Projektförderung sehr sinnvoll, da die Fördermittel unmittelbar in die Kindertagesstätten fließen. Er hoffe auf einen Schneeballeffekt, also einer Entwicklung dahingehend, dass möglichst viele Kindertagesstätten die Förderung beantragen würden.

Auf die abschließende Frage von **Abgeordnete Biller** hinsichtlich der Verteilung der zur Verfügung stehenden Summe von 50.000 EUR auf 22 Förderanträge berichtete **Diplom Soz.-Päd. Salge**, dass je Antrag ein maximaler Förderbetrag von 2.500 EUR festgeschrieben sei. Der überwiegende Teil der Einrichtungen habe diesen beantragt und auch erhalten, einigen Einrichtungen wurde jedoch auch ein niedrigerer Betrag bewilligt.

TOP 6 Antrag der Linksfraktion vom 17.10.2012; Qualität der Kita-Plätze erhöhen durch gute Rahmenbedingungen – Kita-Volksinitiative unterstützen
Vorlage: VIII-AF/2012/027



Abgeordnete Seelgen leitete durch eine Reflektion ihrer Kindergartenzeit auf die Kita-Volksinitiative über und erläuterte den Antrag der Linksfraktion anhand der in den Ausschuss eingebrachten Vorlage. Der Antrag richte sich im ersten Schritt darauf, Niedersächsische Rechtsvorschriften abzuändern.

Der Vorsitzende gibt Vorsitz um 15.57 Uhr an Abgeordnete Lüppen ab.

Abgeordneter Bontjer äußerte seine Verwunderung über die im Antrag der Linksfraktion getroffene Wortwahl. Mit Blick auf seinen Verwandten- und Bekanntenkreis sei bereits schon gegenwärtig eine große Vernetzung zwischen Kindergärten, Ortsrat und Eltern vorzufinden. Aus seiner Sicht gäbe es somit keinen Anlass zur Kritik.

Abgeordneter Pickel gab **Abgeordneten Bontjer** recht und unterstrich, dass in den Kindertagesstätten zweifellos gute Arbeit geleistet werde und dem großen Engagement der Beschäftigten Dank zu zollen sei. Die Unterstützung der an das Land Niedersachsen adressierten Volksinitiative durch die Kommunen sei jedoch dennoch der richtige Weg, da insbesondere in den Krippen das Personal nicht mehr mit lediglich nur zwei Fachkräften auskomme. Insoweit sei das Land Niedersachsen gefragt, beispielsweise durch Reduzierung der Gruppengrößen eine Angleichung auf einen qualitativ vertretbaren Personalschlüssel vorzunehmen. Insoweit dürfe die demografische Entwicklung nicht zu Gruppenzusammenlegungen oder Schließungen von Kindertageseinrichtungen führen, sondern zur Steigerung von Qualität im Rahmen eines höheren Personalschlüssels. Die SPD-Fraktion werde die Initiative aufgrund dessen unterstützen und die Details ergebnisorientiert diskutieren.

Abgeordneter Meyerholz stand den Zielen der Kita-Volksinitiative positiv gegenüber, schlug aber angesichts der großen und zahlreichen Bemühungen des Kreises und der Gemeinden im Bereich der Kindertagesbetreuung vor, den Antrag in Form einer Resolution als Aufforderung an das Land Niedersachsen zur Aufstockung des Personalschlüssels in den Krippen und Kindertagesstätten unter Übernahme der Kosten umzuformulieren. Mit einer dementsprechenden Formulierung würde er im Rahmen einer Abstimmung im Kreistag zustimmen.

Abgeordneter Pickel übernimmt um 16.04 Uhr wieder den Vorsitz des Gremiums.

Herr Molitor sah auch in der Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten einen Aspekt, der zur Steigerung der Betreuungsqualität in der Initiative Niederschlag finden sollte.

Abgeordneter Bontjer schlug vor, die Abstimmung über die Vorlage bis zur Umformulierung des Antrages zu verschieben. **EKR Dr. Puchert** regte demgegenüber an, eine entsprechende Umformulierung zu protokollieren und über eine Abstimmung im Jugendhilfeausschuss zum Gegenstand einer Resolution des Kreistages zu machen. **Abgeordneter Meyerholz** legte nahe, den Antrag durch die Verwaltung umformulieren und diesen dann als Resolution im Kreistag verabschieden zu lassen. **Abgeordneter Behrends** zeigt sich gegenüber dieser Vorgehensweise offen und signalisierte hinsichtlich einer entsprechenden Resolution die Zustimmung seiner Fraktion.

Mit Blick auf die positive Bewertung des Antrages zeigte sich **Abgeordnete Seelgen** erfreut. Aus diesem Grunde könne die Verwaltung den Antrag nach den diskutierten Vorschlägen umformulieren. Sie sähe sich jedoch auch selbst in der Lage, eine Umformulierung vorzunehmen.

EKR Dr. Puchert sprach sich für den vorgeschlagenen Weg aus, den Antrag durch die Verwaltung umzuformulieren und direkt im Kreistag beschließen zu lassen. Der Vorsitzende schloss sich dieser Vorgehensweise an und stellte diesbezüglich das Einverständnis seitens des Jugendhilfeausschusses fest. Gleichzeitig bat er, der Verwaltung über die Fraktionen Änderungswünsche und Formulierungsvorschläge zukommen zu lassen.

Beratungsergebnis:

⇒ einstimmig unterstützt
 ⇒

TOP 7 Beschlussfassung über die Verlagerung des Regionalteams Mitte in das Familienzentrum der Stadt Aurich
Vorlage: VIII/2012/238

Unter Hinweis auf die in der 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschlossene Grundsatzentscheidung skizzierte EKR Dr. Puchert die in der Beschlussvorlage zum Ausdruck kommende Vereinbarung mit der Stadt Aurich zur Verlagerung des Regionalteams in das geplante Familienzentrum. In Anbetracht der fortgeschrittenen Entscheidungsreife habe man auf eine Beschlussfassung des Grundsatzbeschlusses im Kreistag verzichtet und stelle nunmehr unmittelbar die ausgehandelten Modalitäten zur Abstimmung.

Gemäß der getroffenen Vereinbarung gehe man bezüglich des Gebäudes für das Regionalteam von einem Kostenvolumen von 1 Million EUR aus. Sollten sich höhere Baukosten ergeben, fallen diese in das Risiko der Stadt Aurich. Bei einer geringeren Investition gelte dies jedoch nicht. Dem Landkreis stehe im geplanten Gebäude eine Nutzfläche von ca. 450 m² zur Verfügung.

Ausgehend von einer Laufzeit von 30 Jahren übernehme die Stadt Aurich den Kapitaldienst der Investition, erhalte aber den nicht erzielbaren Zins vom Landkreis Aurich erstattet. Mit Blick auf die Zinssätze der KfW-Bank als Orientierungsgröße sei somit von einer jährlichen Belastung von 46.000 EUR auszugehen. Vom Charakter her sei die Vereinbarung daher nicht als Kreditgeschäft, sondern ähnlich einer Leasingvereinbarung mit der Möglichkeit für den Landkreis zu sehen, das Gebäude nach Ablauf eines Zeitraumes von 10 Jahren käuflich von der Stadt Aurich zu erwerben.

Wie EKR Dr. Puchert weiter ausführte, sei die sich durch die Auslagerung bietende Möglichkeit mit Blick auf die chronische Knappheit an Räumen allein schon aus Aspekten der Raumbeschaffung alternativlos. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Verhandlungen mit der Stadt zu einem Ergebnis geführt hätten, dass auf dem freien Markt nicht zu erreichen gewesen wäre. Das einmalige Konzept der Verbindung eines Regionalteams des Amtes für Kinder, Jugend und Familie könne somit gewinnbringend mit der Entlastung der hiesigen Raumsituation verknüpft werden. Im Anschluss stellte Diplom Soz.-Päd. Homann weitere Details der Planungen für das Gebäude des Regionalteams anhand der beigefügten Powerpoint-Präsentation vor.

Unter Abwägung der beengten Haushaltsverhältnisse und der notorischen Enge im Kreishauses Aurich bewertete Abgeordneter Behrends das im Wege der Verhandlung mit der Stadt Aurich erzielte Ergebnis als positiv. Es biete sich eine gute Chance, die unbedingt genutzt werden sollte.

Abgeordneter Frerichs zeigte sich erstaunt ob der kurzfristigen Freigabe der Sitzungsvorlage. Aufgrund dessen habe sich für seine Fraktion keine Gelegenheit geboten, über die Vorlage zu beraten. Seine Fraktion werde der Vorlage, so wie in den Gremien der Stadt Aurich, ablehnen.

EKR Dr. Puchert schilderte einen gegenüber den bisherigen Planungen erforderlichen Korrekturbedarf, aufgrund dessen Auswirkungen auf die Vorlage nicht ausgeschlossen werden konnten. Die Vorlage konnte daher zwangsläufig erst nach einer abschließenden Erörterung mit der Stadt Aurich versendet werden. Die Geschäftsordnung eröffne zudem ausdrücklich die Möglichkeit, Beschlussvorlagen nachzureichen. Wenn, wie im vorliegenden Fall, eine Entscheidung zwischen Verlässlichkeit und zeitnaher Zustellung zu treffen sei, stehe aus seiner sich die Verlässlichkeit im Vordergrund. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil der Entscheidung im Jugendhilfeausschuss nur ein empfehlender Charakter zukomme und die abschließende Entscheidung letztendlich im Kreisausschuss und im Kreistag getroffen werde.

Auf Nachfrage von **Abgeordnete Streblau**, inwieweit vorab eine vorhergehende Entscheidung im Finanzausschuss zu treffen sei, wies **EKR Dr. Puchert** auf die Stellung des Jugendhilfeausschusses als oberstes Fachgremium hin. Die Beratungsreihenfolge sei demnach korrekt. Über den Haushalt habe der Finanzausschuss zudem noch ohnehin zu entscheiden.

Abgeordneter Behrens konnte die geäußerte Kritik in Bezug auf die späte Zustellung der Beschlussvorlage nicht nachvollziehen und wies darauf hin, dass die Vorlage über das iPad und die Internetseite des Landkreises abrufbar war.

Der Standort des Regionalteams Mitte des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wird zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung (voraussichtlich im Jahr 2014) in das Familienzentrum der Stadt Aurich verlagert. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vereinbarung zur Anmietung der Immobilie mit der Stadt Aurich zu schließen. Die für die Anmietung des Gebäudes erforderlichen finanziellen Mittel werden bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 2
➔ mehrheitlich beschlossen

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Auf Nachfrage von **Frau Pansegrau** teilte der **Vorsitzende** mit, dass die angekündigte Berichterstattung der Regionalteamleiter auf eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses verschoben wurde. Die nächste Sitzung des Ausschusses sei für den 14. Februar 2013 terminiert.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Mit den besten Wünschen für eine schöne Advents- und Weihnachtszeit sowie dem obligatorischem „Guten Rutsch“ schloss der Vorsitzende um 16.32 Uhr die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Sascha Pickel
Vorsitzender

Thomas Buss
Protokollführer